

# Die Wirtschaft sieht die Warnzeichen nicht

Noch geniesst die Schweizer Wirtschaft grosses Vertrauen. Doch das gute Verhältnis zur Bevölkerung zeigt erste Zeichen von Anspannung. Von Christina Neuhaus



Am Dienstag sind im Aargauer Parlament gleich zwei Vorstösse für Standesinitiativen eingereicht worden, die moralische Korsetts für Konzerne fordern. Der erste stammt von der SP, die eine aktivere Rolle des Bundes bei Übernahmen oder Verkäufen von Firmen fordert. Der zweite Antrag kommt von der CVP und zielt in dieselbe Richtung: Der Bund soll gesetzliche Grundlagen schaffen, die den börsenkotierten Schweizer Unternehmen «bei der Verfolgung einer nachhaltigen Geschäftspolitik im Interesse eines langfristigen Gedeihens» auf die Sprünge helfen sollen.

Den Anstoss für die Vorstösse gaben zwei Unternehmensentscheide, die den Kanton Aargau schwer erschütterten. Im Juni wurde bekannt, dass der US-Konzern General Electric über tausend Stellen abzubauen will. Und vor Weihnachten kündigte ABB an, die Stromnetzsparte an den japanischen Konzern Hitachi zu verkaufen.

Die eher konservative CVP Aargau begründet ihren Antrag damit, dass sich die grossen Schweizer Unternehmen heute zunehmend im Besitz ausländischer Investoren befänden. Wörtlich schreibt die Partei: «Anders als früher verhalten sich viele dieser Aktionäre nicht mehr wie verantwortungsvolle Eigentümer, sondern sind in ihrem Verhalten und ihren Entscheidungen einzig an ihrem eigenen maximalen Profit interessiert.»

## Verbände sehen zu lange weg

Noch ist das Vertrauen der Schweizer Bevölkerung in die politischen Institutionen und die Wirtschaft gross. Alle Umfragen zeigen für die Schweiz im internationalen Vergleich massiv höhere Werte. Experten führen dieses Vertrauen auf den Glauben an die freie Marktwirtschaft und an Chancengleichheit zurück. Doch die Basis des Vertrauens zwischen der Bevölkerung und den wirtschaftspolitischen Institutionen zeigt erste Risse. Das Bild vom internationalen Manager, dem es weitgehend egal ist, in welchem Land er arbeitet, ist in der Schweiz weit verbreitet.

Die Entwicklung kam schleichend, und das ist wohl auch der Grund, weshalb viele Wirtschaftsvertreter die Warnzeichen lange übersahen. Bereits bei der Abstimmung über die vom Schaffhauser Unternehmer Thomas Minder lancierte eidgenössische Volksinitiative «gegen die Abzockerei» verhalten die Appelle der Wirtschaft ungehört. Ein Jahr später, 2014, wiederholte sich dasselbe bei der SVP-Initiative

gegen die Masseneinwanderung. Seither reagieren die Wirtschaftsverbände immer gleich. Sie schauen lange weg, werden nervös, fahren eine Angstkampagne hoch und schieben sich dann – wenn das Resultat nicht in ihrem Sinne ausgefallen ist – gegenseitig den schwarzen Peter zu.

Ähnliches droht auch im Hinblick auf die Abstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative. Sie verlangt, dass sich international tätige Schweizer Konzerne künftig vor helvetischen Gerichten für Schäden verantworten müssen, «die von ihnen kontrollierte Unternehmen» verursacht haben. Die geforderte Haftung geht dabei weit über internationale Standards hinaus.

Noch vor zehn, zwanzig Jahren wäre ein Volksbegehren, das auf derart rigorose gesetzliche Massnahmen für Unternehmen drängt, kaum auf die notwendigen 100 000 Unterschriften gekommen. Doch 2016 wurde die Konzernverantwortungsinitiative mit 120 000 gültigen Unterschriften eingereicht. Sie stösst bis weit ins bürgerliche Lager hinein auf Sympathien. Die Warnung, dass eine Vorlage der Wirtschaft schade, scheint immer weniger zu verfangen. Doch die Wirtschaftsvertreter – oder zumindest einige – übersahen die Warnzeichen auch dieses Mal. Während sich Unternehmen wie Ikea oder Migros für einen Gegenvorschlag aussprachen, setzte sich der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse dafür ein, die Initiative direkt an die Urne zu bringen.

Im Wissen um die Sympathien, die das Volksbegehren geniesst, und mit Blick auf die Gefahren, die der Wirtschaft bei einem Ja an der Urne drohen, setzte im Bundeshaus schliesslich ein Umdenken ein. Im Nationalrat wurde ein indirekter Gegenvorschlag ausgearbeitet, mit dem sich nun der Ständerat beschäftigen muss. Er geht nach Ansicht der meisten Wirtschaftsvertreter allerdings immer noch zu weit. Die grosse Frage lautet deshalb: Schaffen es Politik und Wirtschaft, einen tragfähigen Kompromiss aufzuzeigen, der auch die breite Öffentlichkeit überzeugt? Oder muss sich die Wirtschaft erneut auf einen erbitterten Abwehrkampf einstellen?

## Das Bild des guten Patrons

Die Aussicht, gegen ein Volksbegehren zu Felde zu ziehen, das für verantwortungsvolles Unternehmertum plädiert, ist für die Wirtschaft alles andere als verlockend. Der Präsident des Verbandes der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie, Hans Hess, hat deshalb kürzlich öffentlich an

den Ständerat appelliert, eine Lösung zu finden. Die Unternehmen stünden zu ihrer Verantwortung, schrieb er in einem Beitrag, der in der NZZ erschienen ist. Die Wirtschaft verschliesse sich gegenüber dem Anliegen der Initiative in keiner Weise.

Hess ist eine gewichtige Stimme in der Wirtschaft. Doch es braucht mehr solche Stimmen, wenn das Schweizer Unternehmertum in der Auseinandersetzung über Wirtschaftsethik wieder als Partner und nicht vor allem als Gegner gesehen werden will. Die Schweizer haben das Bild des guten Patrons, der sich um seine Mitarbeiter kümmert und sich an Unternehmenswerten orientiert, immer noch vor Augen. Die Entfremdung zwischen der Wirtschaft, der Politik und der Bevölkerung kam erst unter dem Einfluss der Globalisierung. «Plötzlich war der Chef der Credit Suisse ein Amerikaner, und die Politik blieb verunsichert zurück», sagte Aussenminister Ignazio Cassis in einem Interview kurz nach seiner Wahl in den Bundesrat.

Das Misstrauen, das den Konzernen mittlerweile auch in eher konservativen Gegenden wie dem Aargau entgegenschlägt, ist oft unbegründet. Die meisten Schweizer Konzerne leben ihrer gesellschaftlichen Verantwortung, der sogenannten Corporate Social Responsibility, seit Jahren nach. Viele orientieren sich an den zehn Prinzipien des Global Compact der Uno. Dass auch Rohstoffmultis wie Glencore in den vergangenen Jahren grosse Anstrengungen unternommen haben, um die Zustände in ihren Anlagen zu verbessern, wird oft nicht wahrgenommen. Als sich Aussenminister Ignazio Cassis Anfang der Woche bei einem Besuch einer Glencore-Kupfermine in Sambia beeindruckt von den erreichten Standards zeigte, setzte er sich prompt dem Verdacht aus, von Glencore für PR-Zwecke eingespannt worden zu sein.

## Konzerne in Verantwortung

Doch nicht nur zweifelhafte Investitionen von Schweizer Grosskonzernen im Ausland oder Massenentlassungen wie bei ABB in Baden schaden dem Renommee der Schweizer Wirtschaft. Die vom Bundesrat geplante Lockerung für Waffenexporte oder auch die Versenkung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes waren wenig angetan, das Vertrauen der Schweizer in die Moral der Wirtschaftsvertreter zu stärken. Gerade die beiden selbsternannten Wirtschaftsparteien SVP und FDP spielten dabei eine unrühmliche Rolle. Dem offenbar wachsenden Bedürfnis der Schweizerinnen und Schweizer nach mehr Ethik und Nachhaltigkeit in der Wirtschaft Rechnung zu tragen, ist für die Bürgerlichen offenbar keine Option. Lieber überlassen sie die Deutungshoheit über wirtschaftsethische Fragen der Linken und der CVP.

Die SP hat den Stimmungswechsel in der Bevölkerung längst bemerkt. Und sie lässt nichts unversucht, ihn noch zu beschleunigen. Mit der Mindestlohn-der 1:12- oder der nun anstehenden 99-Prozent-Initiative der Jusos trieb und treibt sie die Wirtschaftsverbände vor sich her. Ihr neuester Streich ist eine Volksinitiative für die Harmonisierung der kantonalen Unternehmenssteuern. Die Vorstösse sind zu radikal und zu wirtschaftsfeindlich, um an der Urne bestehen zu können. Doch sie treffen in der Bevölkerung offenbar einen Nerv.

Während jedoch die Linke das zunehmende Unbehagen über die geltenden Verhältnisse gezielt zur Mobilisierung nutzt, legen die Bürgerlichen die Hände in den Schooss. Wirtschaftsfeindliche Vorlagen wie das Referendum gegen die Unternehmenssteuerreform III kamen so an der Urne durch. Die Grünen, die sich wie die SP dem Kampf gegen globale Ungerechtigkeit verschrieben haben, bekämpfen sogar die weit weniger weitreichende Steuer- und AHV-Vorlage per Referendum. Die SP will deren Umsetzung in den Kantonen bekämpfen, sollte diese nicht ausgewogen sein und auf «Gegenfinanzierung» verzichten.

Wie erfolgreich diese Politik sein kann, sah man im November im Kanton Bern. Eine Mehrheit der Stimmbürger sah keine Notwendigkeit, Unternehmen steuerlich zu entlasten. Die Revision des kantonalen Steuergesetzes wurde mit 53,6 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Profitiert hätten 6300 Unternehmen, darunter 5200 KMU. Ihr Anteil an den gesamten Gewinnsteuereinnahmen des Kantons beträgt 97 Prozent. Wenn sogar die konservative Bevölkerung im Berner Oberland oder Emmental Begriffe wie «Steuergeschenke» oder «Gegenfinanzierung» nicht mehr hinterfragt, läuft definitiv etwas schief. Während die Bürgerlichen noch nach einem überzeugenden wirtschaftspolitischen Argumentarium suchen, ist dasjenige der Linken längst in den Köpfen der Menschen angekommen.

Nun in Wirtschaftspopulismus zu verfallen und dem Zeitgeist das Wort zu reden, ist keine Lösung. Doch wenn die Wirtschaftsvertreter etwas erreichen wollen, braucht es mehr als Economiesuisse-Kampagnen. Statt die Bevölkerung mit Schlagworten zuzutexten, sollte man in Dialog mit ihr treten und dabei ökonomische Aufklärungsarbeit leisten.

Ein weiterer Ansatz wäre, Gutes zu tun und auch darüber zu reden. Die Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie zum Beispiel hat ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen über die vergangenen 30 Jahre um fast 60 Prozent gesenkt. Sie stand auch hinter dem nun im Nationalrat abgelehnten CO<sub>2</sub>-Gesetz. Bloss hat das keiner gemerkt.